

Wahlprüfstein 3: Inklusion

- Wie wird Ihre Partei konkret die Kitas bei der Bewältigung dieser enormen Aufgabe unterstützen und begleiten, bzw. die benötigten personellen und räumlichen Ressourcen in den Einrichtungen zur Verfügung stellen?
- In welcher Weise engagieren Sie sich für das Thema inklusive Bildung und Teilhabe auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene?
- Wie sorgen Sie dafür, dass der Übergang in den Bereich des SGB VIII in den Kommunen und bei den Trägern gut verläuft, bzw. wird es überhaupt ratifiziert?

Partei	Unterstützung der Kitas (personell/räumlich)	Engagement auf Bundes-/Landes-/kommunaler Ebene	Übergang SGB VIII
CDU	Die CDU will Kitas vor allem durch mehr Personal, mehr Leitungszeit und zusätzliche Sprachförderkräfte strken. Zusätzlich: gezielte zusätzliche Ressourcen für Inklusion, Integration und Sprachförderung . Die CDU setzt sich für eine bessere Finanzierung durch das Land sowie eine festе Landesbeteiligung an den Baukosten von Kitas ein, damit notwendige Umbauten, Barrierefreiheit , Ausstattung für inklusive Arbeit und zusätzliche Räume ermöglicht werden. Ergänzend: verbindliche Fort- und Weiterbildungsangebote für Fachkräfte, um sie für die steigenden Anforderungen zu qualifizieren.	Die CDU bekennt sich klar zu inklusive frühkindlicher Bildung als Teil des Bildungssystems. Sie setzt sich auf allen Ebenen für verlässliche Rahmenbedingungen, klare Zuständigkeiten und eine angemessene Finanzierung ein, damit inklusive Bildung nicht zu einer Überforderung der Einrichtungen führt oder zulasten der Kinder geht. Ziel: eine qualitativ hochwertige, verlässliche und chancengerechte frühkindliche Bildung in ganz Rheinland-Pfalz - unabhängig vom Wohnort oder Träger .	Die CDU unterstützt die inklusive Ausgestaltung des SGB VIII und setzt sich für eine verbindliche, praxisnahe Umsetzung ein. Dabei sind klare Zuständigkeiten , eine gesicherte Finanzierung und eine enge Begleitung von Kommunen und Trägern zentral. Der Übergang muss für Familien und Träger gut vorbereitet, fachlich sinnvoll und ohne zusätzliche Bürokratie gestaltet sein. Die CDU setzt auf Regelungen, die echte Verbesserungen für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf bringen und Einrichtungen nicht überfordern.
Die Grünen	Kitas sind ein Spiegel unserer heterogenen Gesellschaft . Im Bereich der Sprachförderung haben die Grünen bereits vieles angestoßen: Landescurriculum "Mit Kindern im Gespräch" , Sprachbeauftragte (unterstützen Kitas in herausfordernder Lage besonders). Im Rahmen des Sozialraumbudgets kann zusätzliches Personal aufgebaut werden, sodass Kitas entlang ihrer individuellen Herausforderungen passgenau unterstützt werden. Um das Recht von Kindern mit Behinderung auf Inklusion und Teilhabe zu sichern, setzen sich die Grünen für die Schaffung eines Inklusionsbudgets für Kitas ein, um Eltern und Kitas von Bürokratie zu entlasten und Kindern schnell die Hilfe zukommen zu lassen, die sie brauchen.	Inklusion ist ein Menschenrecht - zu dessen Umsetzung sich die Grünen konsequent verpflichtet haben. Dementsprechend machen sich die Grünen auf allen Ebenen für Menschen mit Behinderung stark - auch gegen Widerstände. Die Grünen stehen zu einer inklusive Bildung von Anfang an und wollen hierfür endlich die Rahmenbedingungen schaffen .	Die Grünen befürworten die finanziell bedarfsgerecht ausgestattete inklusive Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe, damit junge Menschen mit Behinderung nicht länger aus Regelleistungen herausfallen. Alle Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sollen im SGB VIII gebündelt werden . Mit der Reform des Ausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfegesetzes haben die Grünen die inklusive Kinder- und Jugendhilfe rechtlich gestärkt und den Weg bereitet für die vollumfängliche Umsetzung der SGB VIII-Reform. Jetzt ist die Bundesregierung am Zug . Als Land werden die Grünen bedarfsgerecht unterstützen (z.B. mit Fortbildungen zu Inklusion, Vielfalt und psychischer

			Gesundheit), damit es beim Übergang nicht zu Versorgungslücken kommt.
Die Linke	Die Linke will Kitas mit ausreichend Personal, barrierefreien Räumen, adäquater Ausstattung und Fachwissen ausstatten, damit alle Kinder gleichberechtigt teilnehmen können. Inklusion ist kein zusätzliches Projekt , sondern ein zentrales Qualitätsmerkmal einer Kita. 5 Punkte: (1) Personelle Ressourcen: Bessere Personalschlüssel (U3: 1:3, Ü3: 1:7-8), zusätzliche Inklusionsfachkräfte, Heilpädagog*innen, Sprachfachkräfte. Förderung von Ausbildung/Weiterbildung. (2) Räumliche Ressourcen/Ausstattung: Barrierefreie, kindgerechte Räumlichkeiten; zweckgebundene Finanzierung für Material, Medien, therapeutische Angebote; Ausbau von Gruppenräumen, Multifunktionsräumen und Außengelände. (3) Pädagogische Konzepte: Vielfalt wertschätzen, Mehrsprachigkeit unterstützen, individuelle Förderpläne. (4) Finanzielle Unterstützung: Bund und Länder stellen laufend Mittel bereit, inkl. Gebührenfreiheit. (5) Qualitätssicherung/Beratung: Fachliche Begleitung, regelmäßige Fortbildungen.	Bundesebene: Verbindliche Mindeststandards in Kitas, Kita-Qualitätsgesetz (inklusive Pädagogik, Fachkräfteanteil, Finanzierung verbindlich regeln), Bundesmittel für inklusive Förderung, bundesweite Förderung von Aus-/Weiterbildungen mit inklusivem Schwerpunkt. Landesebene RLP: Anpassung der Personalschlüssel, Förderung barrierefreier Räume/Fördermaterial/therapeutischer Angebote, Unterstützung von Fortbildungs-/Beratungsangeboten, Einsatz für Gleichbehandlung unabhängig von Behinderung/Herkunft/Religion/sozialer Lage. Kommunale Ebene: Unterstützung multiprofessioneller Teams, Beratung bei lokaler Raumplanung, Beteiligung an lokalen Netzwerken.	Die Linke will, dass der Übergang professionell begleitet, finanziell gesichert und gesetzlich verankert ist. Er soll reibungslos, kindgerecht und bedarfsgerecht erfolgen - damit kein Kind zwischen den Systemen hängt. 3 Punkte: (1) Bundes-/Landesebene: Klare gesetzliche Vorgaben, finanzielle Sicherung, bundesweit ratifiziert und verbindlich umgesetzt (nicht nur Empfehlung). (2) Maßnahmen auf kommunaler/Trgerebene: Frühzeitige Vernetzung, individuelle Übergangsplanung, Schulungen/Beratung, Partizipation der Familien. (3) Qualitätssicherung: Kontinuierliche Evaluation und Monitoring, Bereitstellung personeller/finanzieller Ressourcen.
FDP	Inklusion ist ein zentrales Anliegen der FDP - entscheidend ist immer das Wohl des einzelnen Kindes . Inklusion muss sich daran messen lassen, ob sie Kindern konkret hilft . Anspruch: Eine inklusive Praxis, bei der kein Kind auf der Strecke bleibt . Die FDP setzt sich für ein Landesstartchancenprogramm für Kitas ein, das gezielt dort unterstützt, wo Herausforderungen besonders groß sind. Dazu gehören auch Investitionen in zukunftsfähige Räume und Ausstattung , die inklusive Bildung praktisch ermöglicht. Ein wichtiger Ansatz: datengestützte Steuerung über das Sozialraumbudget - Kitas in herausfordernden Lagen brauchen mehr Unterstützung . Eine bedarfsgerechte Verteilung hilft, Ressourcen dort einzusetzen, wo sie den größten Unterschied machen .	Inklusion ist seit vielen Jahren ein fester Bestandteil der FDP-Arbeit in RLP. Die FDP hat sich in zahlreichen Gesetzgebungs- und Verwaltungsverfahren mit inklusiver Bildung und Teilhabe befasst. Dazu gehört die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII hin zu einer inklusiveren Ausrichtung. Auch im Bildungsbereich wurden rechtliche Grundlagen geschaffen und weiterentwickelt , um Inklusion verbindlich zu verankern. Für die FDP ist klar: Inklusion ist kein Einzelprojekt, sondern eine Daueraufgabe , die kontinuierlich weiterentwickelt werden muss.	[Die FDP hat keine explizite separate Antwort zu dieser Frage gegeben, sondern verweist auf ihr allgemeines Engagement für die inklusive Ausrichtung des SGB VIII und die Weiterentwicklung rechtlicher Grundlagen.]
Freie Wähler	Wer hohe Anforderungen an Kitas und Schulen stellt, muss auch dafür sorgen, dass die personelle und finanzielle Ausstattung stimmt. Im Falle einer Regierungsbeteiligung würden die Freien Wähler genau darauf schauen, ob diese Voraussetzungen stimmen und gegebenenfalls nachjustieren .	Die Freien Wähler sagen "ja" zur Inklusion, aber nicht um jeden Preis . Es kann nicht sein, dass Pädagogen in Kitas und Schulen immer wieder mit zusätzlichen Aufgaben zugeschüttet werden. Das sorgt für Verdruss und womöglich sogar dafür, dass dringend benötigte Fachkräfte aussteigen und den Beruf wechseln . Die Freien Wähler haben den Eindruck, dass "Inklusion" als Deckmäntelchen genutzt wird, um an bewährten	Grundsätzlich ist das Ziel, einen barrierefreien Zugang zu Leistungen aus einer Hand zu schaffen und multiprofessionelle Teams zu bilden, eine gute Sache. Die Praxis ist jedoch eine andere. In den vergangenen Jahren wurde vieles auf die Träger, vor allem im kommunalen Bereich, abgeladen. So hat die

		Fördereinrichtungen und Förderschulen gespart wird, mit dem Ziel sie stark einzuschränken oder aufzulösen. Klar ist: Jedes Kind sollte die Chance haben, eine "reguläre" Einrichtung zu besuchen. Aber um die Betroffenen müssen wir uns weiterhin in besonderen Einrichtungen mit speziell ausgebildeten Fachkräften leisten können. Das ist eine der Mindestanforderungen an eine humane, soziale Gesellschaft. Die Freien Wähler werden also nicht mit pauschalen Forderungen "in die Bütt" gehen - sie werden stattdessen besondere Anforderungen und Bedürfnisse im Blick haben. Mit Ideologie allein kann man keine Probleme lösen.	Kita-Platz-Garantie gerade für kleine Gemeinden in der Fläche die finanziellen Spielräume weiter eingeschränkt. In der Praxis muss also viel improvisiert werden. Allerdings: Inklusion kann gerade im ländlichen Raum gut funktionieren, weil dort das Gemeinschaftsgefühl und die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement größer ist als im urbanen Raum. Auch hier hängt vieles vom Einzelfall ab - eine pauschale Antwort ist kaum möglich. Die Freien Wähler erinnern daran, dass Deutschland sich über die ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention bereits 2009 zu einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe verpflichtet hat. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass eine medienwirksame Konvention wenig bringt. Dem stehen die personellen und finanziellen Realitäten entgegen. Auch in Sachen Kita-Infrastruktur muss einiges getan werden - und die Träger erhalten in der Regel nicht die Unterstützung, die sie eigentlich bräuchten.
SPD	Inklusion ist ein Menschenrecht und Anspruch an uns alle. Jedes Kind soll in RLP seinen Weg gehen können und dafür den passenden Förderort vorfinden. Das vorbehaltlose Elternwahlrecht bleibt von zentraler Bedeutung. Die Regel-, Schwerpunkt- und Förderschulen sind die drei Säulen eines inklusiven Bildungsangebotes. Die SPD will Förder- und Beratungszentren stärken und multiprofessionelle Teams ausbauen. Strukturelle, pädagogische und bauliche Barrierefreiheit gehen Hand in Hand - bereits in der Kita. Das Land RLP hat im Jahr 2025 mehr als eine Milliarde Euro in die frühkindliche Bildung investiert. Neubauten, Sanierungen werden mit der Investitionskostenförderung unterstützt. Bei der Planung sollen Bedürfnisse der Kinder, des Personals und der Kita im Sozialraum mitgedacht werden. Fachlich können 1% der zuwendungsfähigen Personalkosten für Fortbildung, Fachberatung, Supervision und Coaching eingesetzt werden.	Die SPD unterstützt den Weg der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe, die allen jungen Menschen mit und ohne Behinderung gleiche Chancen und passgenaue Hilfen aus einer Hand bietet. Sie stärkt Teilhabe, entlastet Familien und sorgt für klare Strukturen. Die freien und öffentlichen Träger werden gezielt bei der Umsetzung unterstützt. Auf den unterschiedlichen Ebenen setzt sich die SPD mit Nachdruck für diese Ziele ein.	Die SPD begrüßt es sehr, dass der rheinland-pfälzische Landtag im Januar 2026 das Zweite Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes verabschiedet hat (verbunden mit einem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP). Die SPD unterstützt die inklusive Kinder- und Jugendhilfe, die allen jungen Menschen mit und ohne Behinderung gleiche Chancen bietet.
Tierschutzpartei	Die Tierschutzpartei will Kitas langfristig unterstützen durch verlässliche Landesfinanzierung, zusätzliche Fachkräfte, gezielte Verwaltungs- und Unterstützungskräfte,	Inklusion ist ein Menschenrecht. Die Tierschutzpartei fordert den bedarfsgerechten Ausbau inklusiver Kitas und Schulen, ausreichend Fachkräfte, kleinere Gruppen sowie klare Zuständigkeiten und	Die Tierschutzpartei setzt sich für einen gut vorbereiteten, verbindlichen Übergang der Leistungen ins SGB VIII ein, mit klarer Zuständigkeit, ausreichender

	fachliche Begleitung, nachhaltige Bauprogramme für Kitas sowie Aus- und Fortbildung , um ganztägige Betreuung und kindgerechte Räume sicherzustellen.	verlässliche Finanzierung durch das Land , damit alle Kinder gleichberechtigt teilhaben können.	Finanzierung, qualifiziertem Personal, schrittweiser Einführung und kontinuierlicher Begleitung , damit inklusive Kinder- und Jugendhilfe für Familien verlässlich funktioniert .
Volt	Volt fordert multiprofessionelle Teams : Neben Erzieher*innen sollen Sozialassistent*innen, Integrationskräfte sowie therapeutisches und psychologisches Fachpersonal Teil der Teams sein. Das entlastet die pädagogischen Fachkräfte und stellt sicher, dass für jedes Kind die passende Expertise vor Ort ist. Bessere Betreuungsschlüssel : verbindlich 1:3 für U3 und 1:7,5 für Ü3 . Nur so bleibt genug Zeit für die individuelle Förderung jedes Kindes . Ausbildung und Qualifizierung : Regelmäßige Schulungen zu inklusive Pädagogik und interkultureller Kompetenz werden für alle Teams angeboten. Rumliche Ressourcen : Volt setzt sich für ein Investitionsbudget ein, um Kitas zu barrierefreien und modernen Lebensräumen umzubauen, die inklusives Lernen technisch und räumlich ermöglichen.	Landesebene RLP : Volt kämpft für die " Schule für alle " und ein Bildungssystem, das Kinder nicht frühzeitig selektiert, sondern bis zur 10. Klasse gemeinsames, inklusives Lernen ermöglicht. Bundesebene : Volt fordert im Bundesrat die Aufhebung des Kooperationsverbots , damit der Bund sich dauerhaft an der Finanzierung von Inklusion und Digitalisierung beteiligen kann. Zudem: nationale Bildungsstrategie mit einheitlichen Qualitätsstandards. Kommunale Ebene : Volt fordert eine Neuordnung der Kommunalfinanzierung nach dem Konnexitätsprinzip ("Wer bestellt, bezahlt"). Das Land muss Kommunen finanziell so ausstatten, dass Inklusion vor Ort nicht am Budget scheitert .	Das Ziel der Inklusiven Lösung (Zusammenführung der Zuständigkeiten für Kinder mit und ohne Behinderungen im SGB VIII) unterstützt Volt vollumfänglich . Damit dieser Übergang für Kommunen und Träger gut gelingt, braucht es klare Zuständigkeiten, verlässliche Rahmenbedingungen und eine ausreichende Finanzierung . Volt fordert verzahnte Übergänge zwischen bestehenden Systemen, statt neue Brüche durch unklare Zuständigkeiten zu schaffen. Das Land muss den Übergang aktiv begleiten und sicherstellen, dass zusätzliche Aufgaben nicht zulasten der bestehenden Angebote gehen. Für Volt ist Inklusion kein optionaler Zusatz, sondern der Standard . Volt will Sonderstrukturen schrittweise zurückbauen und die freiwerdenden Mittel direkt in inklusive Strukturen und multiprofessionelle Teams investieren.